

Gaza: Die Bevölkerung gibt ihren Widerstand nicht auf

Die Bilder gingen um die Welt. Das Massaker an zivilen Palästinenser_innen am 14. Mai 2018 im Gazastreifen an der Grenze zu Israel wird als schwarzer Tag in die Geschichte eingehen, genauso wie die Niederschlagung des Aufstands der schwarzen Arbeiter_innen gegen die Apartheid im südafrikanischen Soweto im Juni 1976.

Seit anderthalb Monaten schießen die Scharfschützen des israelischen Militärs wahllos in unbewaffnete Menschenmengen. Unter dem Vorwand Israels Grenzen zu verteidigen, ermordeten sie mehr als hundert Menschen, Männer, Frauen und Kinder, und verletzten über 2000 Demonstrierende. Angerichtet wurde das Blutbad auf Befehl der rechtsgerichteten israelischen Netanjahu-Regierung, an der die Ultrarechten beteiligt sind.

US-Präsident Trump hofiert Netanjahu, damit Israel am Bündnis gegen den Iran teilnimmt. Deshalb wurde die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem vom israelischen Premierminister als grünes Licht für seine extremistische Politik verstanden. Dagegen sahen die Palästinenser_innen in ihr die klare Ablehnung ihrer Bestrebungen nach einem eigenen Staat.

Die Lage im Mittleren Osten gleicht einem Pulverfass

Bei der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 wurden Hunderttausende Palästinenser_innen vertrieben. 1967 wurden das Westjordanland und Gaza von Israel annektiert. Die Siedlungspolitik und in jüngerer Zeit die Blockade von Gaza durch Israel nach der Machtübernahme der radikalislamischen Hamas im Gazastreifen im Jahre 2007: Das alles erzeugt eine unerträgliche Situation für Millionen von Palästinenser_innen. Nach vielen tragischen Wechselfällen mündete ihre Revolte nach den Oslo-Abkommen von 1993 in den Willen, einen palästinensischen Staat neben dem Staat Israel zu haben.

Doch Israel hat unaufhörlich alles getan, um die möglichen Gebiete für einen solchen Staat in Nichts aufzulösen. Hunderttausende israelische Siedler haben den reichsten Teil des Westjordanlands besetzt. Die Palästinenser_innen sind in etwa sechzig überbevölkerten Enklaven eingeschlossen und werden schonungslos durch das israelische Militär kontrolliert. Die Bewohner_innen von Gaza sind einer grausamen Blockade unterworfen; sie müssen mit Stromausfällen auskommen und überleben nur dank der internationalen Hilfe. Sie sind ständig den israelischen Bomben ausgesetzt. Aus ihren Bestrebungen nach einem palästinensischen Staat wurde nichts.

Perspektiven jenseits nationalistischer und kapitalistischer Sackgassen

Wenn die Bevölkerung Gazas unbewaffnet zu Zehntausenden vor den israelischen Streitkräften demonstrierte, was das nicht aus Sehnsucht nach dem Märtyrertod, wie die Hamas behauptet. Die Arbeiter in Gaza und im Westjordanland lehnen sich gegen Elend und nationale Unterdrückung auf. Muss das zwangsläufig unter dem reaktionären Banner der Hamas geschehen? Gibt es auf der anderen Seite für die jüdischen Arbeitenden in Israel, deren materielle Lebensbedingungen und soziale Rechte sich auch verschlechtern, keine andere Zukunft, denn als Polizeikräfte für die Interessen der israelischen oder der amerikanischen bürgerlichen Klasse in dieser Region zu fungieren?

Sicher nicht. Ebenso wenig müssen die Arbeitenden in Deutschland der Politik der Bundesregierung folgen. Noch im März hat der neue Außenminister Maas betont: „Die Kontinuität unserer Nahost-Politik gilt. Unsere besondere Verbundenheit mit Israel wollen wir für die Zukunft stärken.“ Und jetzt hat die Bundesregierung noch nicht einmal für eine UN-Untersuchungskommission der Massaker gestimmt, weil man „Israels Interesse am Schutz seiner Grenzen“ nicht beeinträchtigen will. Die Bundesregierung steht an der Seite Israels und der USA, weil es gemeinsame geostrategische Interessen der Superreichen am Erdöl in der Region gibt. Das sind nicht unsere Interessen und die Regierung handelt nicht in unserem Namen!

Ständig wird uns eingehämmert, die Lage im Nahen Osten sei ein unentwirrbares Knäuel, das man nur durch Krieg entwirren könne. In Wirklichkeit macht diese Lage nur eines klar: Die Lösungen, die Trump, Netanjahu, die Hamas und die palästinensische Autonomiebehörde vorbringen, führen in eine Sackgasse. Sie zeigen den Bankrott des Nationalismus.

Die Zukunft der palästinensischen und israelischen Arbeitenden ist der Internationalismus. Die Mauern und Stacheldrähte, die die bürgerliche Klasse baut, um diese Arbeitenden zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen, müssen zerstört werden.

So niedrige Abfindungen wie nie

Auf der Betriebsversammlung am 2. Mai wurde endlich der Plan von Ledvance vorgestellt: In Berlin könnten 120 Leute ihre Arbeitsstelle behalten, aber nur für 2 Jahre. Und für die 80 Leute, die am Ende des Jahres rausfliegen sollen, betragen die Abfindungen den Faktor 0,6 des Monatslohns pro Jahr. Die auf der Betriebsversammlung anwesende Frau von der IGM hat die Kollegen ermuntert dieses Ergebnis zu feiern.

In Wahrheit sind diese Abfindungen super niedrig, vor allem für ein so großes Unternehmen. Schlimmer: dieses Ergebnis könnte ein Muster für künftigen Stellenabbau werden.

„Besser als wenn es schlimmer wäre“?

Laut der Frau von der IGM wollte ursprünglich Ledvance Berlin schließen, deswegen sollten wir das heutige Ergebnis positiv sehen.

Es stimmt, dass die Betriebsleitung im November von großen Plänen gesprochen hatte. Die Taktik, einen massiven Arbeitsplatzabbau anzukündigen, hat es der Betriebsleitung später während der Verhandlungen ermöglicht, eine Wahl zwischen den verschiedenen Standorten zu treffen. Und heute fordert Ledvance immer noch bundesweit den Abbau von 1.350 Stellen.

Diejenigen, die behaupten, dass der heutige Plan „ist, was erreicht werden konnte“, sind nicht auf unserer Seite.

Eine große Bombe

Der Vorsitzende des Betriebsrats von Ledvance hat gleich am Anfang der Betriebsversammlung angesagt, dass diejenigen die Fragen haben, ihn am Tag danach persönlich in seinem Büro besuchen könnten.

Die Betriebsleitung von Ledvance hatte tatsächlich dem BR das Paket mit der großen Bombe in die Hand gedrückt, mit der Aufgabe es an die Kollege zuzustellen. Er sollte erstens die Verhandlungen als beendet erklären, und zweitens die Drohung weiterleiten, wenn der Plan nicht angenommen werde, der Standort schließen werde. Und zuletzt sollte er die Existenz von Listen erwähnen, auf denen die Zukunft jedes einzelnen Kollegen stehe.

Diese Listen von Kollegen einerseits, die nicht von der Kündigung bedroht sind, und andererseits von Kollegen, die unbedingt gehen müssen (weil ihre Kompetenz angeblich nicht reicht) sind eine Neuigkeit. Ziel des Vorstands ist es, dass jeder an sich selbst denkt und heimlich hofft, dass eher der Nachbarkollege auf der Liste ist. Also einen

flugblatt_osram@gmx.de

dicken Stellenabbau als persönliche Angelegenheit zu verkleiden und die Kollegen gegeneinander auszuspielen.

In dem Kontext wurde ein Zeitraum für angebliche „freiwillige“ Entscheidungen geöffnet. Die Kollegen sollen sich zwischen Pest und Cholera entscheiden: einerseits schlechter Sozialplan, andererseits die Schließung. Mit dieser Betriebsversammlung wurde der höchste Punkt der Erpressung erreicht... und gleichzeitig von der IGM keine Aktion mehr geplant.

Augsburg in der richtigen Richtung

Bei Ledvance Augsburg sind die 750 Kollegen wegen der mickrigen Abfindungen sauer. Die Masse ist die Kraft: sie akzeptieren das vorhandene Diktat von Ledvance nicht und fordern ähnlich hohe Abfindung wie bei Osram (also einen Faktor von rund 1,5 des Monatsgehalts).

Die einzelnen Mahnwachen in Berlin haben die Produktion nicht gestört. Um die Betriebsleitung unter Druck zu setzen, ist der Streik das geeignete Mittel. Hoffentlich lassen sich unsere Kollegen in Augsburg nicht von einer „Schlichtung“ ablenken und streiken wirklich. Für ein besseres Ergebnis für alle müssen wir uns natürlich unmittelbar zusammentun!

Die Kette von Stellenabbau unterbrechen

Osram will 1.700 Arbeitsstellen in Deutschland abbauen, davon 269 in Berlin. Der technologische Wandel schafft den Vorwand für die Jagd nach weiteren dicken Gewinnen. Kein Stellenabbau ist gerechtfertigt! Die älteren Kollegen müssen ohne Geldverlust bis zur Rente leben können, und wenn die Auslastung niedriger wird, muss die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich gesenkt werden.

Die Lehre von Ledvance

Wenn man ganz brav die Verhandlungen nicht stört, kommen am Ende komische Dinge raus! Verhandlungen ohne Druck können nix besseres ergeben. Streik ist das einzige Druckmittel.

Bei Gillette Berlin steht die nächste

Kürzungsrunde an. Es könnten bis zu 200 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Geschäftsleitung erpresst die Kollegen und droht mit einer Verlagerung nach Polen. Doch weder tragen die polnischen Kollegen von Gillette noch die Kollegen von Malaysia bei uns die Verantwortung für Stellenabbau. Zusammen können und sollten wir „nein“ sagen.

<http://www.sozialismus.click>

V.i.S.d.P. Florian Sund, Schmarjestraße 17, 14169 Berlin